

Sächsische Nationalversammlung.

1. Sitzung vom Dienstag, dem 26. Februar 1919.

Die neu gewählte Volkskammer für Sachsen trat heute nachmittags 8 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach einer Rede des Volksbeauftragten Dr. Gradnauer wurde unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Demmler (Soz.) die Wahl des Kammerpräsidenten vorgenommen. Durch Namensaufruf wurde die Annahme von 98 von 99 Abgeordneten festgestellt. Zum Präsidenten wurde mit 88 von 91 abgegebenen Stimmen Wg. Fräßdorf (Soz.) gewählt, zum 1. Vizepräsidenten Wg. Dietel (Dem.) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten Wg. Spitzki (Unabh.) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen. Die drei Gewählten nahmen die Wahl an.

Nach der Wahl der Schriftführer und einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus auf morgen vormittags 11 Uhr zur allgemeinen Vorbereitung des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen.

Einberufung eines Rätekonkresses.

Berlin, 26. Februar. In der Sitzung vom 26. Februar d. J. beschloß der Reichsrat die Frage der Einberufung eines neuen Rätekonkresses und beschloß nach eingehender Beratung, ihn zur Eube März einzuberufen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen soll.

Kongress der bayerischen U., S. und B.-Räte.

München, 26. Februar. Heute nachmittags tagte im Landtag der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Delegierte waren anwesend. Arbeiterrat Erdmann berichtete, daß die insatuierten Geiseln dafür bürgen sollen, daß die Studenten von ihrer Ausschüttigkeit ablassen. Der Delegationsausschuß wurde aufrechterhalten. Landes-Soldatenrat Lauter forderte, daß an Stelle des Heeres die Arbeiterwehr trete. Arbeiterrat Landauer verlangte, daß auch auf dem Lande die Räte die bürgerliche Presse unter Aufsicht des Zentralrats kontrollieren sollten. Schließlich verlangte er unter förmlichem Beschluß, daß von vornherein festgestellt werde, daß die Versammlung den provisorischen Nationalrat bilde. Arbeiterrat Erdmann schlug die Einsetzung einer Kommission vor, die die Verhauflung des Interatenwesens sofort in Angriff nehmen soll. Soldatenrat Demmler meinte, daß die bürgerlichen Zeitungen überhaupt nicht nötig seien.

Eine im Hause erschienene Abordnung forderte, daß die Räte republik sofort ausgerufen werde und daß der Landtag nie wieder zusammentrete. Die Abordnung verlangte die Abweisung verschiedener Persönlichkeiten, die Besetzung wichtiger Punkte in der Stadt, die sofortige Verbindung mit Rußland und die Besetzung der russischen Gesandtschaft durch Vertreter der russischen Sowjetrepublik, außerdem Annulierung der Staatskandidaten und Abweisung des Münchner Stadtkommandanten. — Der Präsident erklärte hierauf, er werde zu diesen Forderungen Stellung nehmen. — Nach weiterer teilweise erregter Debatte teilte Präsident Dietrich mit, daß der ehemalige Volkshausauftragne Barth erschienen sei. Barth sprach namens des gesamten Berliner und deutscher Proletats sein tiefes Bedauern über die Ermordung Ceners aus, erwähnte aber, ruhiges Blut und kalte Denker zu bewahren. Sodann wurde die Leiterberatung auf Donnerstagvormittag vertagt.

Die Bestattung Eisners.

München, 26. Februar. (Privattelegraph.) Unter ungeheurer Beteiligung der ganzen Bevölkerung wurde heute die Leiche Kurt Eisners zur letzten Ruhe gebracht. Zahllos waren die Kranzpenden, die dem Sarge folgten. Die Gedächtnisrede hielt Gustav Landauer. Als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie sprach Haase. Auch die Genossen Unterleitner, Barth und Jaffe gedachten in Ansprachen des Toten. Auf der Theresienwiese wurde die von Eisner gedichtete Revolutionshymne Gesang der Völker vorgelesen.

Einigung in Mannheim.

Mannheim, 26. Februar. (S. Z. S.) Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen und der kommunistischen Partei eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen.

1. Die von den Unabhängigen und der kommunistischen Partei erklärte Räterepublik wird als nichtbestehend erklärt. Die Parteien erkennen die badische vorläufige Volksregierung an; soweit sie das nicht ausdrücklich tun, finden sie sich mit ihr ab. Der sogenannte revolutionäre Arbeiterrat tritt zurück. Die von ihm getroffenen Verfügungen und das von ihm erklärte Standrecht sind hinfällig.

2. Die von den Unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei besetzten Gebäude werden sofort freigegeben. Der Presse wird volle Pressefreiheit gewährleistet.

3. Sämtliche Waffen und Munition sind sofort abzuliefern. Im Arbeiterrat tritt die unabhängige Partei fünf Sitze an die kommunistische Partei ab. Der Volkskammerausschuß besteht nunmehr aus fünf Vertretern der Mehrheitssozialisten, drei Unabhängigen und einem Kommunisten.

Dann wird noch eine Bekanntmachung erlassen, daß sämtliche Privatpersonen, die Gewehre und Munition ohne Berechtigungsbescheinigungen besitzen, diese bis spätestens zum 27. Februar abzuliefern haben.

Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Je weiter wir uns von den Nationalwahlen entfernen und je näher die Möglichkeit wird, agitativer an die großen Massen heranzutreten, desto deutlicher zeigt es sich, daß diese Aufklärungsarbeit unserer Sache zusehends wichtiger wird. Das haben erneut die Stadtverordneten- und Gemeindevahlen bestätigt, die am letzten Sonntag in Groß-Berlin vollzogen wurden. Hier die Genossen in Groß-Berlin war die Agitation lange Zeit sehr schwierig, weil sie seit dem im November 1918 erfolgten Vorwärtsschritt ihre Arbeit ohne ein tägliches Blatt verrichten mußten. Der Vorwärtsschritt hatte in der Beratung unserer Partei freies Feld und er machte von diesem Vorrecht den bestmöglichen Gebrauch. Erst seit Mitte November 1918 stand uns ein tägliches Blatt zur Verfügung, das aber wegen Papiermangels und infolge der Anberaumung der Expedition eines neuen Blattes nicht mit dem Vorwärtsschritt konkurrieren konnte.

Aus diesem Grunde und weil den Mehrheitssozialisten der gesamte Regierungsbürokratie und reichliche Geldmittel zu Diensten waren, konnten sie am 18. Januar mit Erfolg wählen, die aber nur Scheinerfolge waren. Das zeigte sich schon acht Tage später bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung, wo ihre Stimmen allein in Berlin um 80.000 zurückgingen. Dieser Rückgang konnte mit der geringeren Wahlbeteiligung allein nicht begründet werden.

Nun, bei den am Sonntag vollzogenen Gemeindevahlen — vier Wochen nach der Preußenwahl — stellt sich immer klarer heraus, daß die Mehrheitssozialisten keinen Boden verlieren. Wohl ist auch diesmal die Wahlbeteiligung gegen die Wahl am 28. Januar zurückgegangen; während aber unsere Partei nur im geringen Maße von dem Rückgang betroffen wird, haben die Mehrheitssozialisten und auch die bürgerlichen Parteien ungeheure Verluste zu buchen. Es scheint die jugendlichen, politisch weniger interessierten Wähler und auch

weitere Gruppen diesmal zu Hause gelassen zu sein. Was für ein aber besonders markant ist, ist die Tatsache, daß die Stimmen in den proletarischen Stadtvierteln in der Hauptstadt nach wie vor der unabhängigen Partei zulaufen, während die Mehrheitssozialisten in diesen Arbeitervierteln den Boden unter den Füßen verlieren.

Nach dieser Schätzung haben die Mehrheitssozialisten rund 10.000 Stimmen gegen den 26. Januar und gar 180.000 gegen den 19. Januar verloren, während unsere Partei nur um 18.000 bezw. 48.000 Stimmen zurückging.

Die nördlichen Vororte haben ebenfalls glänzend abgemittelt; überall sozialistische Mehrheiten mit den Mehrheitssozialisten zusammen. In einigen Orten, wie Reinickendorf, haben unsere Leute die absolute Mehrheit, in Eiche von 88, in Oberschneeweide 18 Sitze von 24. In Neukölln, in dem erst in den letzten Wochen totkräftig für unsere Partei fruchtbar Arbeit getan wurde, erhalten wir 25 Sitze, die Unabhängigen 31 Sitze, denen 18 bürgerliche Vertreter gegenüberstehen. Auch hier zeigt sich ein kolossaler Stimmenrückgang der Mehrheitssozialisten. Während wir an dem Stimmenergebnis mit 1200 Stimmen beteiligt sind, verloren die Mehrheitssozialisten über 11.000 Stimmen. In vielen anderen Orten haben wir trotz geringerer Beteiligung Stimmengewinne. In den westlichen Vororten haben unsere Genossen prächtig abgemittelt. In Charlottenburg mußten die Mehrheitssozialisten einen Stimmenverlust von etwa 12.000 buchen. Selbst das vornehme Charlottenburg kann sich nur mit 2 Stimmen vor einer sozialistischen Mehrheit retten. Wilmersdorf, das seit Jahren durch eine raffinierte Wohnungspolitik die Arbeiter möglichst aus dem Orte hinauszudrücken sucht und nur „bessere Steuerzahler“ heranzuzüchten unternimmt, muß 20 Mehrheitssozialisten und 6 Unabhängige in die Stadtverordnetenversammlung, denen 40 Mehrheitssozialisten gegenübersteht. Was in allem genommen, haben die Stadtverordnetenwahlen den Beweis geliefert, daß der Sozialismus markiert und daß die Arbeiterkraft in steigendem Maße ihr Vertrauen unserer Partei zuwendet. Das Wahlergebnis gegen die Mehrheitssozialisten ist wohlbedeutend, der Stimmenrückgang ist die Danksagung für ihre arbeitserniedrigende Politik. Nur weiter auf dieser Bahn, nur weiter! Aber arbeiten müssen wir, nicht die Hände in den Schößen legen. Ohne Arbeit kein Preis!

Das Wahlergebnis in Berlin.

Berlin, 26. Februar. Von 1.822.008 eingeschriebenen Wählern und Wählerinnen sind 798.254 gültige Stimmen abgegeben, und zwar für die

Liste Dr. Wegl (Unabhängige)	268.420 Stimmen
Heilmann (Mehrheitssoz.)	258.420
drei verbundene Listen (Wegel usw.)	168.601
Liste Dr. Schwahn	101

Danach Stimmen auf die Liste Dr. Wegl 47 Sitze, auf die Liste Heilmann 46 Sitze, auf die drei verbundenen Listen 30 Sitze und auf die Liste Kaumann (Deutsche Demokr. Partei) 21 Sitze. Die Liste Wegel (Deutschnational) vereinte 84.077 Stimmen, die Liste Heilmann (Zentrum) 45.101 und die Liste Streiter (Deutsche Volkspartei) 38.488 Stimmen auf sich, so daß 10 Mandate für die Deutschnationalen, 8 Sitze für die Christliche Volkspartei (Zentrum) und 6 für die Deutsche Volkspartei herunkommen.

Rudendorff wünscht Klarstellung.

Nach der Tel.-Union hat General Rudendorff den deutschen Gesandten in Stockholm um Uebersmittlung folgenden Schreibens an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten:

Herr Präsident!

Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruß, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird.

Ich will dem deutschen Volke weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not brauche ich jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Sie kann nur meine Auffassung vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß alleseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln meines Unglücks liegen.

Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen.

Rudendorff.

Wir sind gespannt darauf, was die Regierung Scheidemann auf diese Forderung antworten wird. Die beste Klarstellung wäre die vor dem Staatsgerichtshof, vor den die Schuldigen am Weltkrieg gehören.

Eine Schamlosigkeit.

Der deutschen Waffensituationskommission ist von dem Vertreter des Generals Foch mitgeteilt worden, daß die Verhandlungen über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zusammenhängenden Fragen nicht vor dem 4. März aufgenommen werden könnten. Deutschland werde aber nur dann Lebensmittel bekommen, wenn es seine Schiffe zu deren Transport zur Verfügung stellt. Die deutschen Vertreter richteten daraufhin heftige Bitten an die Entente, doch endlich für die Lieferung von Lebensmitteln zu sorgen. Die Lebensmittelnot sei aufs höchste gestiegen, der größte Teil der unterernährten Arbeiter sei am Ende seiner körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt. Die innerpolitische Lage in Deutschland sei niemals so drohend gewesen wie jetzt, die extremen Elemente gewannen die Oberhand, die bolschewistische Gefahr sei größer denn je. Die deutsche Regierung tue alles, um diese Gefahr zu bekämpfen, aber dafür müßte sie mit Brot und Arbeit versorgt werden.

Ob die Vertreter der Entente für diese Winseln mehr als bisher übrig hatten, nämlich nur Hohn und Spott, wird nicht berichtet. Aber eine Schamlosigkeit sondergleichen ist es, wenn die Männer des alten Regimes, die an dem ganzen Elend, das über Deutschland hereingebrochen ist, schuld sind und die bei den Verhandlungen im Auftrage der Regierung noch immer das große Wort führen, die Hilfe der Alliierten gegen die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung anzufordern. Bei uns werden die Arbeiter als Faulenzer beschimpft, die nicht arbeiten wollten und die dadurch Deutschland in den Abgrund stürzten. Vor den Vertretern der Alliierten aber klagt man darüber, daß die Arbeiter am Ende ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt seien.

Lug und Trug im Inneren, gepaart mit der Anwendung brutaler Gewalt gegen die mit Recht unzufriedenen Arbeiter, schamlose Würdelosigkeit und die häßliche Schweißmedel vor der Entente: Darin erschöpft sich die Weisheit der Regierung!

Friedenspräliminarien in Sicht?

Bern, 26. Februar. Die Progress de Lyon aus Paris erzählt, haben die Vertreter der Mächte die Möglichkeit ins Auge gefaßt, in die endgültigen Waffensituationsbedingungen einige der Forderungen für den Frieden aufzunehmen. Es sei notwendig, so schnell wie mög-

lich die Friedenspräliminarien festzulegen. Man ist der Ansicht, daß die beste Methode darin bestünde, den endgültigen Waffenstillstand so auszuarbeiten, daß in ihm die Grundzüge der territorialen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen schon enthalten sind. Dagegen Vorschlag hat sich die englische und später die amerikanische Delegation angeschlossen.

Deutschland.

Sitzung des Vereins deutscher Setzungsverleger.

Berlin, 26. Februar. Der Vorstand des Vereins deutscher Setzungsverleger hat in seiner gestrigen gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Kreisvereine sich mit der wirtschaftlichen Lage der deutschen Setzungen beschäftigt, deren Lage gegenwärtig kritischer als je zuvor ist. Die Druckkosten sind infolge der erhöhten Löhne, des Zwanges zum Behalten der während des Krieges eingestellten Arbeiterkräfte, zur Ueberbelastung der aus dem Felde zurückkehrten Angestellten, der verkürzten Arbeitszeit usw. in einem noch nie dagewesenen Maße gestiegen. Um auch nur einen teilweisen Ausgleich der ungeheuren Mehrbelastung zu finden, sind die deutschen Setzungsverleger gezwungen, eine Erhöhung der Zugangs- und Ansetzungspreise eintreten zu lassen.

Wahlsieg der U. S. P. in Gotha.

Bei den Wahlen zur Landesversammlung in Gotha wurden an Stimmen abgegeben für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 40.251, Rechtssozialisten 1776, Demokraten 17.828, Deutsche Nationale 11.880, Handwerker 1792. Unsere Partei hat also für sich allein die Mehrheit.

Die Drucksachen der verfassunggebenden heussischen Nationalversammlung sind in gleicher Weise wie früher die Reichstagsdrucksachen durch die Post zu beziehen.

Keine Reiseerlaubnis nach Ost- und Westpreußen. Nach einer vor kurzem erlassenen Bekanntmachung des Reichsjustizministeriums, auch den Demobilisierten, die Erlaubnis auch nur zur vorübergehenden Einreise nach Ost- und Westpreußen nicht erteilt werden.

Der Besatzungszustand über das Stadtgebiet von Hamburg-Altona-Wandsbek ist heute aufgehoben worden.

Ein U-Boot gesunken. Die Hamburger Nachrichten melden aus Cuxhaven: Ein zur Ueberlieferung bestimmtes, vom Dampfer Roland geschleppter U-Boot sank auf der Doggerbank. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Roland ist nach Cuxhaven zurückgekehrt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Frankreich und Spanien aus dem Jahre 1914 ist auf eine neue Periode von fünf Jahren verlängert worden.

Ermordung des Emirs von Afghanistan. Aus Kabul ist in London die Nachricht vom Tode des Emirs von Afghanistan eingetroffen. Alam Khan nach ist er am 20. Februar im Lager von Kanjam überfallen und erschossen worden. Nach den bisherigen Berichten wurde niemand verhaftet. Der Grund des Mordes ist unbekannt.

Annekte in Italien. Auf Grund einer durch Dekret gewährten Amnestie für militärische, politische und kommerzielle Vergehen während des Krieges sind Gerardi, der Direktor des V. A. N. sowie die übrigen während der Fürtirer Bewegung vom August 1917 Verurteilten in Freiheit gesetzt worden.

Widerrit Romanones. Der spanische Ministerpräsident Graf Romanones unterbreitete dem König das Widertrittsgesuch des ganzen Kabinetts. Der König erlaubte ihm bis zur Annahme des Staatsvorsitzes im Amt zu bleiben und wird die Lage mit den Vorgesetzten besprechen.

Aus der Partei.

Neue Organe der U. S. P.

In Berlin erscheint seit Anfang Januar zweimal in der Woche die sozialistische Republik. Schriftleitung und Verlag: Adln, Mühlendamm 38.

Unsere Genossen in Karlsruhe i. B. geben seit kurzem ein Wochenblatt, die sozialistische Republik, heraus. Geschäftsstelle Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 18.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Arbeiter in den Leipziger Metallbetrieben erklären wir auf Wunsch der Intendantur, daß wir uns durch Einsicht in die Akten überzeugt haben, daß sie an der Verhinderung unserer Lohnforderungen keine Schuld hat. Im Gegenteil können wir feststellen, daß durch ihre Maßnahmen der Streik so schnell beigelegt worden ist, daß die Intendantur des I. A. Wert darauf legt, in der Öffentlichkeit nicht als arbeitserniedrig hingestellt zu werden, bitten wir um Aufnahme dieser Berichtigung.

Die Streikleitung
J. A.: Artur Wappler.

Trauerkundgebung für Kurt Eisner.

Zu würdigen, eindrucksvollen Kundgebungen des Leipziger Proletariats gestalteten sich die Trauerfeiern, die vom Bezirksvorstand der U. S. P. für heute vormittags, zur Stunde der Beerdigung Kurt Eisners, einberufen waren. Zu Tausenden waren die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Ruf gefolgt und füllten die Säle der 8 Wägen, der 8 Stöden und des Soudouci. Still und andächtig lauschten die Erschlenen den Ausführungen der Redner, die in knappen Sätzen das Leben und das Wirken Kurt Eisners schilderten. Die Redner kennzeichneten ihn als den edlen, selbstlosen Menschen, anhängenden geistreichen Publizisten und unermüdbaren, unerschrockenen Kämpfer. Sie feierten den im Verfolgungskampf des Proletariats Gefallenen als den weitblickenden Propheeten und Verkünder der Revolution und deren wahren Vorwärtsschritt. Spontan kam die Entrüstung der Versammelten zum Ausdruck, als die Redner schäbten, wie durch die Hege der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse gegen Eisner eine förmliche Pogromstimmung erzeugt worden sei, aus der heraus der gemeine Mordanschlag an einem der Besten des deutschen Proletariats zustande gekommen sei. Lebhaft Zustimmung und förmlichen Beifall fanden die Redner, als sie gelobten, daß Eisner nicht umsonst gefallen sein werde, daß sein Tod das Signal zum Aufbruch der Revolution sei, sondern der gesamten revolutionären deutschen Arbeiterbewegung sein werde, daß die Trauerfeiern den Ausgangspunkt des neuen Revolution bilden würden. Mit aller Deutlichkeit kam der ersichtliche Wille der Leipziger Arbeiterbewegung zum Ausdruck, den Gemordeten zu rächen und das von ihm begonnene Werk zu vollenden, sich mit allen Kräften einzusetzen für die Vollendung der Revolution und die Herbeiführung der sozialistischen Republik.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei „Kriegsgefangene“

Weisse Zähne

arziehen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch d. herrlich wirkenden Zahnpaste Chlorodont. Vorsicht! Vorbeugungsmittel bei Basilleninfektion durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe, usw.). Überall zu haben.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.